



Medienmappe

Version vom 21. März 2022

Diese digitale Medienmappe beinhaltet kompakte Informationen und Kontaktinformationen für Medienschaffende.

Inhaltsverzeichnis	Wer wir sind	2
	Politisches Führungsgremium	3
	Operatives Führungsgremium	3
	Delegiertenversammlung	3
	Ihre Ansprechpersonen	4
	Was wir tun	4
	Aktuelle Schwerpunkte	5
	Deshalb braucht es digitale Behördenangebote	5





Wer wir sind

Die digitale Transformation der Verwaltungen in der föderalistischen Schweiz ist eine Herausforderung. Mit der Digitalen Verwaltung Schweiz (DVS) wurde ein föderalismustaugliches «Joint Venture» geschaffen: Bund, Kantone und Gemeinden vereinen ihre Kräfte, um die Digitalisierung über die drei Staatsebenen hinweg rascher und wirkungsvoller zu machen. Die Zusammenarbeitsorganisation DVS ist seit 2022 operativ tätig und vereint die früheren Organisationen E-Government Schweiz und die Schweizerische Informatikkonferenz (SIK).

Bund und Kantone sind gleichberechtigte Träger der DVS. Der Schweizerische Städteverband (SSV) und der Schweizerische Gemeindeverband (SGV) sind Partner. Die DVS setzt sich aus einem politischen und einem operativen Führungsgremium sowie einer breiten Delegiertenversammlung zusammen. Administrativ angeschlossen ist die DVS beim Generalsekretariat des Eidgenössischen Finanzdepartements GS EFD.

Gut zu wissen

E-Government oder digitale Verwaltung meint nichts anderes als den Einsatz von modernen Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in der öffentlichen Verwaltung. Im Zentrum stehen die Unterstützung und Vereinfachung von elektronischen Prozessen innerhalb und zwischen den Behörden über die drei Staatsebenen hinweg sowie gegenüber der Bevölkerung und der Wirtschaft.

Politisches Führungsgremium

Das politische Führungsgremium besteht aus elf Mitgliedern: Die Vertreterinnen und Vertreter werden durch den Bund, die Kantone und die Gemeinden delegiert. Dem politischen Führungsgremium obliegt die Strategie und Aufsicht.

Mitglieder:

Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements EFD	Bundesrat Ueli Maurer, Co-Leiter und Vorsitzender
Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF	Bundesrat Guy Parmelin
Vorsteher des Eidgenössischen Departements des Innern EDI	Bundesrat Alain Berset
Kanton Aargau, Mitglied des Leitenden Ausschusses der Konferenz der Kantonsregierungen	Regierungsrat Markus Dieth, Co-Leiter
Kanton Obwalden	Landstatthalter Maya Büchi-Kaiser
Kanton Jura	Staatsratspräsident David Eray
Kanton Waadt	Staatsratspräsidentin Nuria Gorrite
Kanton St.Gallen	Regierungspräsident Marc Mächler
Kanton Zürich	Staatsschreiberin Kathrin Arioli
Stadt Winterthur	Stadtpräsident Michael Künzle
Gemeinde Gaiserwald	Gemeindepräsident Boris Tschirky
Stadt Yverdon-les-Bains	Stadtpräsident Pierre Dessemontet

Operatives Führungsgremium

Das operative Führungsgremium besteht aus achtzehn Mitgliedern: dem Beauftragten der DVS, Peppino Giarritta, sowie fünf Vertreterinnen und Vertretern des Bundes, sieben der Kantone und fünf der Gemeinden. Die Bereiche E-Government, digitale Verwaltung und Informatik sind angemessen vertreten. Es ist für die Umsetzung der Strategie sowie für die Erarbeitung des Umsetzungsplans zuhanden des politischen Führungsgremiums verantwortlich.

Delegiertenversammlung

Die Delegiertenversammlung der DVS stellt die fachliche Mitwirkung der beteiligten Gemeinwesen und Partner sicher und bringt deren Bedürfnisse ein. Kantone und Gemeinden erhalten pro angebrochene 400 000 Einwohnerinnen und Einwohner je einen Sitz. Der Schweizerische Städteverband (SSV) und der Schweizerische Gemeindeverband (SGV) bestimmen zusätzlich je eine Delegierte oder einen Delegierten. Dem Bund steht höchstens die Hälfte der Gesamtzahl der Delegiertensitze der Kantone und Gemeinden zu.

Ihre Ansprechpersonen

Dreh- und Angelpunkt der verschiedenen Tätigkeiten ist der Beauftragte von Bund und Kantonen für die Digitale Verwaltung Schweiz, Peppino Giarritta. Er wird durch das Team der Geschäftsstelle in seiner täglichen Arbeit unterstützt. Vanessa Eugster ist als Kommunikationsverantwortliche für Anfragen der Medien verantwortlich.



Dr. Peppino Giarritta

Beauftragter von Bund und Kantonen für die Digitale Verwaltung Schweiz

peppino.giarritta@digitale-verwaltung-schweiz.ch
Tel. +41 58 464 79 21



Vanessa Eugster

Kommunikationsverantwortliche

vanessa.eugster@digitale-verwaltung-schweiz.ch
Tel. +41 58 461 60 45

Was wir tun

Die DVS koordiniert und fördert die digitale Transformation der öffentlichen Verwaltungen zwischen und innerhalb der drei Staatsebenen. Unsere Leistungen sollen einen Mehrwert für Bevölkerung, Wirtschaft und Behörden schaffen. Die Aufgaben der DVS sind in einer öffentlich-rechtlichen Rahmenvereinbarung von Bund und Kantonen festgelegt. Die DVS erfüllt ihre Aufgaben im Rahmen eines vierjährigen Strategiezyklus – bis zur Verabschiedung der Strategie DVS verfolgt sie die E-Government-Strategie Schweiz 2020-2023 und das strategische Leitbild der SIK.

Namentlich fördert die DVS die digitale Transformation durch die Entwicklung von Standards und als politische Plattform. Sie gibt Empfehlungen ab und fördert den Austausch sowie die Koordination bei Projekten auf Bundes- und interkantonaler Ebene. Sie arbeitet hierbei mit Fachorganisationen, insbesondere mit dem Verein eCH, der eOperations Schweiz AG und der Fachgruppe E-Government der Schweizerischen Staatsschreiberkonferenz SSK zusammen. Nicht zuletzt sucht sie den Dialog mit der Wissenschaft, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft.

Aktuelle Schwerpunkte

Für die operativen Tätigkeiten stehen der DVS derzeit drei Instrumente zur Verfügung:

- **Agenda Nationale Infrastrukturen und Basisdienste Digitale Verwaltung Schweiz:** Mit diesem befristeten Schwerpunktprogramm wollen Bund und Kantone Schlüsselprojekte rasch anstossen und umsetzen. Es geht insbesondere um die Bereitstellung von Basisdiensten und Infrastrukturen für die Identitäts- und Zugriffsverwaltung, für den elektronischen Empfang und Versand von Dokumenten oder für die übergreifende Nutzung und Verwaltung von Daten. Die Ambitionen der Agenda DVS werden im 2022 ausgearbeitet.
- **Umsetzungsplan E-Government:** Der Umsetzungsplan basiert auf der E-Government-Strategie-Schweiz 2020-2023. Unter dem Motto «digital first» haben Bund und Kantone vier strategische Ziele definiert. Zu jedem dieser Ziele sind im Umsetzungsplan drei bis vier konkrete Massnahmen vorgesehen. Diese Vorhaben umfassen Leistungen für die Wirtschaft, etwa den Ausbau von «easyGov.swiss», Dienste für die Bevölkerung, wie die Neuausrichtung von «E-Voting», die Neugestaltung der Informationsplattform «ch.ch» oder die Förderung von E-Partizipationsangeboten sowie den Neustart für eine vertrauenswürdige, staatliche elektronische Identität (E-ID). Zahlreiche Vorhaben mit grosser Wirkung spielen sich zudem im Hintergrund ab und sollen den Behörden den Datenaustausch untereinander erleichtern: So wie der Aufbau eines nationalen Adressdienstes, die behördenübergreifende Stammdatenverwaltung oder die Erarbeitung von Empfehlungen von verbindlichen Standards.
- **Arbeitsprogramm ICT (ehemals Schweizerische Informatikkonferenz SIK):** Mit dem Arbeitsprogramm ICT werden die bewährten Arbeitsgruppen und Aktivitäten der Schweizerischen Informatikkonferenz (SIK) weitergeführt. Diese umfassen nebst Fachveranstaltungen unter anderem Dienstleistungen wie Referenz-AGB für öffentliche Beschaffungsstellen, Vertragsvorlagen oder Konditionserklärungen.

Deshalb braucht es digitale Behördenangebote

Online Behördenangebote sparen Zeit und sind bequem in der Abwicklung. Sie sind 24/7 verfügbar. Gemäss Studien¹ steigt die Nutzung digitaler Verwaltungsangebote in der Schweiz: Gerade während der Corona-Pandemie konnten Behördenangebote unkompliziert online erledigt werden (bspw. Härtefallgesuche über «EasyGov.swiss» oder elektronische Umzugsmeldung über «eUmzugCH»). Die Bevölkerung zeigt sich offen gegenüber Online-Angeboten der Behörden: So ist die E-Steuerklärung nach wie vor der meistgenutzte E-Service der Schweizer Behörden. Rund drei Viertel der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler füllen ihre Steuererklärung heute lieber online aus als auf Papier. Basisdienste wie die E-ID und die Vernetzung der Behörden über alle föderalen Ebenen sind wesentliche Voraussetzungen für ein funktionierendes E-Government.

¹ Nationale E-Government-Studie 2022, eGovernment MONITOR 2021, EU Benchmark Report 2021